



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XVI/264 - 24. November 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Ein Sack voller Sorgen

87

Deutsche Landwirtschaft - Stiefkind der Nation
Von Bauer Dr. Martin Schmidt MdB

3

Wo steht Frankreichs Rechte?

55

Schwierige Lage der französischen Mitte
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

4 - 5

Es gibt wieder ein Archiv für Sozialgeschichte

88

Eine neue beachtliche Leistung der Friedrich-Ebert-Stiftung
Von Hermann Bortfeldt

6

Gilt das Asylrecht nicht mehr?

17

Zur Auslieferung eines Flüchtlings an die Sowjets

6

"Abgesandte der Waffenlieferanten"

18

Hollands Kommunisten und die Atomgegner

* * *

* * *

Ein Sack voller Sorgen

Von Bauer Dr. Martin Schmidt M.d.B.

Die Bauern und Landwirte in der Bundesrepublik haben ein schweres Jahr hinter sich. Auf ihren Höfen - ob groß oder klein - sind ihnen im Laufe des Jahres 1961 kummervolle Tage beschert worden.

Der kalte und regenreiche Sommer mit durchweg schlechter Getreideernte und die trotz einiger schöner Herbstwochen verminderte Hackfruchternte haben die Einnahmen zusammenschrumpfen lassen. Auf der anderen Seite verlief die Unkostenrechnung in der entgegengesetzten Richtung. Das Auf und Ab in der Bilanz ist den Bauern an sich nicht fremd, ja er kalkuliert es immer ein. Aber was ihn bedrückt ist die Erkenntnis, daß er an der anhaltenden Hochkonjunktur in der gewerblichen Wirtschaft mit den steigenden Gewinnen niemals wird teilnehmen können und das trotz eigener großer Anstrengungen. Ein Gefühl der Verlassenheit und der Ungewißheit, ja das Aschenrödel der Nation geworden zu sein, hat die Höfe erfaßt.

Nicht nur das. Mit großer Sorge sieht die Landwirtschaft der Zukunft entgegen. Die EWG mit der gemeinsamen Agrarpolitik wurde ihr jahrein, jahraus als ein düsteres Zukunftsgebilde dargestellt. Der Bauer wird stutzig und beginnt zu zweifeln, wenn man ihm sagt, daß mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kein zerstörendes Unwetter heraufziehen muß und heraufziehen wird. Die Bundesregierung hat zweifelsohne eine Portion Mitschuld an dieser Verwirrung. Statt aufklärend zu wirken und eine aktive Europapolitik zu betreiben, hat sie in der Passivität und Abwehr verharret obwohl sie wußte, daß der Vertrag von Rom auch für die Bundesrepublik bindend und verpflichtend war. Der Landwirt und Bauer ist von Hause aus gewohnt, mit Tatbeständen und neuen Perspektiven konfrontiert zu werden. Hier ist er das Opfer seiner einseitigen politischen Bindungen geworden. Man hat ihn hintergangen und er ahnt jetzt die Gefahr, daß die Bundesregierung über seinen Kopf hinweg entscheidet und ihn unnötigerweise überrollt. Natürlich gibt es durch die europäische Gemeinschaft Veränderungen. Aber nicht durch grollendes Abseitsstehen, sondern nur durch aktive Mitarbeit kann man diese zum Besten wenden.

Ein drittes Bündel: die Regierungsbildung in Bonn hat den Mißmut in der Landwirtschaft noch verschärft. Daß die CDU mit Adenauer die absolute Mehrheit im Bundestag verlor, geht zu einem gut Teil auf das Konto der Landwirtschaft. Sie hatte es satt, von Adenauer immer wieder an der Nase herumgeführt zu werden. Viele Bauern und Landwirte

haben deshalb am 17. September der FDP das Vertrauen geschenkt, in der Hoffnung und Überzeugung, damit einer Alternative zur bisherigen Regierungspolitik Raum gegeben zu haben. Sie haben nach dem Wahlsontag hoffnungsvoll nach Bonn geschaut.

Inzwischen hat es sich bis zu ihren Höfen herumgesprochen, daß die agrarischen Probleme - und das sind nicht wenige - in den Koalitionsverhandlungen kaum berührt worden sind. Selbst das auf so eigenartige Weise zustande gekommene Koalitionsabkommen bietet nichts Greifbares und kann die Enttäuschungen der Bauern und Landwirte nicht verhindern. Sie registrieren mit einem bitteren Vorgefühl auf das auf sie Zukommende, ferner, daß kein Mann in der Koalition sie kurz vor der Kabinettsverteidigung bereit war, ungehemmt und frischen Mutes das Amt des Landwirtschaftsministers zu übernehmen. Die Bauern wollten mal einen starken Mann auf diesem Posten; sie haben ihn nicht bekommen. Nicht einmal für das Amt des Staatssekretärs im Landwirtschaftsministerium stellen sich die Männer mit den geeigneten Qualitäten zur Verfügung. Wie schlecht muß es doch um die Sache stehen, daß wir so weit gekommen sind. Und weiter - der so gewichtige neue Finanzminister (FDP) hat sich in der Vergangenheit auch nicht gerade als ein Freund der Landwirtschaft erwiesen.

Fehlrechnungen also auf der ganzen Linie. Die Bauern müssen ja heute schwer enttäuscht sein. Denn lautes Geschrei ist noch lange kein Beweis für wirkliche Führung. Die Regierungsbildung hat deutlich gemacht, daß die FDP keine agrarischen Führungskräfte zur Verfügung stellen kann. Das merkt jetzt selbst der letzte Landwirt. Eingeweihte wußten es längst. Mit der CDU war er nach 12 Jahren Adenauer - Regierung fertig, mit der FDP bereits nach 8 Wochen.

Wahrhaftig - ein Sack voller Sorgen und Enttäuschungen.

Welchen Weg wird die Landwirtschaft nun einschlagen? Noch ist er nicht abzusehen. Aber eines darf jetzt schon gesagt werden. Der einzigen Oppositionspartei des 4. Bundestages wächst damit eine doppelte Verantwortung zu. Sie hat auch eine einmalige Chance, wenn sie die Kraft aufbringt und glaubhaft machen kann, der Landwirtschaft helfend zur Seite zu stehen und mehr zu tun bereit ist, als ihrem Ruf bei den Bauern und Landwirten entspricht.

Aber auch die Landwirtschaft selbst kommt um eine dringende Aufgabe nicht herum. Sie muß unverzüglich in einer Bestandsaufnahme ihrer politischen Lage und ihrer Stellung in der deutschen wie europäischen Volkswirtschaft eintreten. Sie wird dabei alle politischen Kräfte - wenn das auch gegen die Tradition und für manchen Bauernführer sehr schwer sein mag - heranziehen müssen, um der kommenden Aufgabe gerecht zu werden.

* * *

Wo steht Frankreichs Rechte

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Verhaftung des früheren Polizeikommissars Dides und die Maßnahmen der französischen Regierung gegen das sogenannte "Comité de Vincennes", dessen Vorsitzender Jacques Soustelle als Emigrant in Italien sitzt, erinnern die Öffentlichkeit daran, daß es außer der terroristischen Untergrundorganisation OAS noch eine sogenannte legale Rechtsopposition gibt, die jetzt allerdings ganz offen zum bewaffneten Aufstand gegen die 5. Republik auffordert.

Man fragt sich heute, wo die Grenze zwischen der nationalbetonten parlamentarischen Rechtsopposition und der extremen, rechtsradikalen Umsturzbewegung verläuft, wenn in der Pariser Versammlungshalle "Mutualité" unter dem Vorsitz des früheren Ministerpräsidenten und Außenministers Georges Bidault und des rechtsbürgerlichen Senators Lafay einige tausend Pariser Aktivisten Hochrufe auf Salan und Todesrufe gegen de Gaulle ausstoßen.

Dides hat man wahrscheinlich noch ganz andere Vorwürfe zu machen, so insbesondere eine gewisse Arbeit in der Pariser Polizei anlässlich der letzten algerischen Demonstrationen. Nach offiziellen Angaben kamen im September ungefähr 50 und im Oktober 90 Algerier durch Schüsse, Schläge, Hängen oder Ertränken ums Leben. Der Staatsanwalt hat eine Untersuchung "gegen X" eingeleitet.

Das "Comité de Vincennes", so benannt nach dem Vorort von Paris, wo die "Ultras" vor zwei Jahren eine Dachorganisation der "Algérie-Française" schufen, ist aber nicht der einzige Tummelplatz der Rechtsradikalen. Die politischen Gegensätze haben sich in Frankreich derart verschärft, daß die gemäßigten Mittelgruppen stark angegriffen sind. Das gilt insbesondere für die Rechtsbürgerlichen, die sich immer mehr im Schlepptau der OAS befinden.

80 Abgeordnete fanden sich bereit, in der Nationalversammlung anlässlich der Budgetdebatte ganz offen die Ideen und Parolen des Exgenerals Salan zu verkünden. Anlässlich der Militärdebatte verlangten sie die Entlassung von 15000 "unzuverlässigen" Soldaten der Metropole und die Bewaffnung der Algerienfranzosen, eine Maßnahme, die General Salan während des Aprilputsches dieses Jahres in die Wege leitete. Im Generalkrat des Seine-Departements standen sich dieser Tage zwei fast gleich große Fraktionen gegenüber, als es galt, die Terrorakte und Gewalttaten zu verurteilen, "von wo sie auch kommen". Die Links- und Mittelparteien stimmten für die Entschliebung, die Rechtsparteien dagegen.

Je mehr das Ende des Algerienkrieges, unter dem Druck der internationalen Entwicklung und der Stimmung in Frankreich selbst, in greifbare Nähe rückt, desto erbitterter wird der Widerstand der rechtsextremen Kräfte. Man scheint immer mehr auf die formelle Arbeitsteilung zwischen den untergetauchten Stoßtrupps, den Plastikbombeattentätern und Feme-Mördern einerseits und den ehrbaren Senatoren und Exministern andererseits verzichten zu wollen. Daß auf der anderen Seite unvermeidlich die Tendenzen zu einer gemeinsamen Abwehr dieser Gefahr wachsen und am politischen Horizont immer deutlicher die Umrisse einer "Volksfront" wahrzunehmen sind, sieht man an der letzten Entwicklung im Pariser Universitätsviertel und in den Betrieben. Daß die Exgeneräle im algerischen Untergrund davon nichts merken, kann man verstehen. Über die Verblendung der rechtsbürgerlichen Politiker in Paris muß man staunen.

Es gibt wieder ein Archiv für Sozialgeschichte

Von Hermann Bortfeldt

Zwischen dem Buch und dem Zeitschriftenaufsatz liegt die Monographie, die "Einzelfallstudie". Soweit diese in die Gassen der Geschichte der Wirtschaft und des "Sozialen" eindringt, ist sie dem Politiker und darüber hinaus dem in der politischen Bildung Stehenden eine wertvolle Hilfe. Manche beachtenswerte Arbeit dieser Art ginge wahrscheinlich, auf sich selbst gestellt, in der Fülle der Publikationen unter oder käme erst gar nicht zur Veröffentlichung, wenn es nicht die segensreiche Einrichtung des "Archivs" gäbe. Alle "sozialgeschichtlichen" Interessenten werden aufhorchen, wenn sie hören, daß ein lange gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen und daß es gelungen ist, jetzt wieder in Deutschland ein sozialgeschichtliches Archiv zu schaffen.

Schon der kürzlich erschienene erste Band des "Archiv für Sozialgeschichte", das uns nun voraussichtlich und hoffentlich jedes Jahr einen neuen Band schenken wird, läßt annehmen, daß der neue Titel bald ein fester Begriff sowohl für Wissenschaftler als für Politiker sein wird. Er ist mit einem Vorwort von Professor Gerhard Weisner versehen, der Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung ist. Diese Stiftung, einer breiten Öffentlichkeit vor allem durch die von ihr in Bergneustadt veranstalteten "Begegnungen" bekannt, widmet sich der Pflege des demokratischen Gedankens auf vielfältige Weise. Sie fördert auch die Forschung auf diesem Gebiet und verfügt dazu über eigene Forschungseinrichtungen. Eine wissenschaftliche Kommission der Stiftung, unter Vorsitz von Professor Georg Eckert, widmet sich Fragen der Sozialhistorik unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Bewegung in der Neuzeit und in der Gegenwart. In dieser Kommission ist der Plan gereift, ein Archiv für Sozialgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung herauszugeben, das nun unter der wissenschaftlichen Verantwortung von Professor Eckert erscheint.

Der erste Band enthält neun Arbeiten. Die Reihe beginnt mit einem Aufsatz von J.P. Mayer über de Tocqueville. Er kommt zu der Auffassung, daß nicht Tocquevilles Probleme, sondern auch sein Versuch, sie zu lösen, uns entscheidend angeht.

Johannes Klein, Professor für neuere deutsche Literaturgeschichte ("Hölderlin in unserer Zeit") steuert eine Begriffsbestimmung der "ästhetischen und soziologischen Literaturbetrachtung" bei, die in der Erkenntnis mündet, daß die künstlerische Leistung nur scheinbar

gesellschaftlich gebunden und die Symbolsprache der künstlerischen Form soziologisch nie zu erfassen ist. Dennoch mißt der Verfasser der soziologischen Literaturbetrachtung und der "gesellschaftlich gebundenen Wertung" durchaus die ihr zukommende Bedeutung bei. Es ist von hohem Reiz, daß er diese Bedeutung gerade an der Barockdichtung und besonders an der Barockmystik exemplifiziert.

Helmut Hirsch, Kurt Koszyk, K.A. Helfaier und Rudolf Rother bringen Monographien zur Geschichte und Frühgeschichte der politischen Bewegungen in Deutschland und der sozialdemokratischen Partei.

Ein Aufsehen erregender Beitrag von Dr. Otto-Ernest Schüddekopf ("Linke Leute von rechts") über die "bürgerliche Geschichtsschreibung und materialistische Geschichtsauffassung um 1850" macht uns mit einer Art von konservativem Marx bekannt, dem Historiker Georg Wilhelm von Rammere, der nach 1844 Mitglied des preußischen Staatsrates war und dessen kleine Schrift über "die Insel Wollin und das Seebad Wisdroy" Erwägungen enthält, die "eine starke Verwandtschaft mit den Thesen besitzen, die zu der gleichen Zeit von Karl Marx und Friedrich Engels entwickelt wurden" - wovon diese offenbar nichts ahnten.

Einem unmittelbaren Gegenwartsproblem ist die Studie von Kurt Müller, wissenschaftlichem Mitarbeiter der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, gewidmet, nämlich den "wirtschaftspolitischen Zielen der Sowjetunion". Der sachkundige Verfasser untersucht den sogenannten Siebenjahresplan, die Integration des Ostblocks, die "neue Strategie der wirtschaftlichen Stärke" und gibt eine gedrängte Übersicht über das wirtschaftliche Eindringen der Sowjetrussen in die Entwicklungsländer.

Den Band beschließt eine von Dr. Emanuel Geiss, der ebenfalls wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, verfaßte Synthese über die "Struktur der industriellen Revolution". Die industrielle Revolution erscheint ihm als der verwickelte Prozeß des Übergangs von der bisher überall vorherrschenden Agrargesellschaft zur "Industriegesellschaft auf der gesamten Erde". Geiss beendet seine Gedankenreihe mit dem Text eines Tocqueville-Zitats, in welchem der Kritiker der Französischen Revolution vor 125 Jahren dazu aufrief, die politischen Formen den modernen Erfordernissen anzupassen - so daß der Band also mit Worten des gleichen Denkers schließt, der an seinem Anfang steht.

Von nun an steht neben etwa dem "Ordo"-Jahrbuch und ähnlichen Einrichtungen das "Archiv für Sozialgeschichte", das schon von seinem ersten Band an ein würdiger Nachfolger des bekannten "Grünbergischen Archivs" zu werden verspricht.

* * *

Gilt das Asylrecht nicht mehr ?

sp - Die Entscheidung, den 20-jährigen Flüchtling, der sich bei Magdeburg in einen amerikanischen Militärzug geflüchtet hatte, wieder den Sowjets und damit einem ungewissen Schicksal auszuliefern, dürfte den amerikanischen Stellen nicht leichtgefallen sein. Das geht schon aus den 15-stündigen Verhandlungen hervor, die der Chef der USA-Mission in Potsdam, Ernst von Pawel, mit sowjetischen Organen führte. Ob noch höhere USA-Stellen eingeschaltet wurden und diese dann die Auslieferung des Flüchtlings beschlossen, bleibt hierbei noch offen. Juristisch gesehen mögen die Amerikaner zu Recht gehandelt haben, haben sie sich doch vertraglich verpflichtet, in den für sie bestimmten Zügen zwischen Berlin und Bonn nur USA-Angehörige fahren zu lassen. Politisch und psychologisch gesehen aber muss sich die Auslieferung eines Schutz und Asyl suchenden Flüchtlings verhängnisvoll auswirken. Welche Niedergeschlagenheit muss sich jener im Ulbrichtstaate bemächtigen, denen die Flucht noch als der letzte Ausweg aus unerträglicher Fein und Drangsal vorschwebte? Die Auslieferung des Zwanzigjährigen bleibt ein erschütternder, zutiefst aufwühlender Vorgang.

+ + +

"Abgesandte der Waffenlieferanten"

sp - In Amsterdam haben vor kurzem mehrere Jugendorganisationen eine grosse Kundgebung für die allgemeine Atomabrüstung und gegen die Fortsetzung der Atombombenversuche in West und Ost durchgeführt. Die Kundgebung stand unter dem Motto: "Aktion der Jugend für den Frieden". Die holländischen Jungsozialisten waren maßgebend an der Organisation der Veranstaltung beteiligt. Zum ersten Mal konnte die holländische Jugend eine so wirkungsvolle Demonstration durchführen. Die Jungsozialisten Belgiens hatten eine Delegation entsandt und auch die nichtsozialistischen Jugendorganisationen schalteten sich aktiv ein.

Die holländischen Kommunisten, denen wohl irgend jemand gesagt haben muss, dass sich die Demonstration nur gegen die sowjetischen Atombombenversuche richtet, überlegten sich und versuchten die Veranstaltung durch eine grossangelegte Fluglattaktion zu stören. Kernsätze des Flugblattes waren u.a. die Behauptung, dass die Kundgebung

"eine von der Polizei bezahlte und gestartete Affäre"

sei und dass die Veranstalter als

"Abgesandte der Waffenlieferanten und Anhänger der Hitlergeneräle"

bezeichnet werden müssten.

+ + +